VR-05 Zukunft sichern – ökologisch, gerecht, wettbewerbsfähig

Antragsteller*in: Stanislav Elinson (KV Leipzig)
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte V-Anträge

Antragstext

1. Energie- und Wirtschaftspolitik

Deutschland braucht eine Energiepolitik, die bezahlbar, klimafreundlich und standortstark ist. Doch die schwarz-rote Bundesregierung setzt mit ihren Beschlüssen falsche Schwerpunkte.

Die geplante Ausweitung der Gaskraftwerkskapazitäten auf bis zu 20 GW übersteigt den realen Bedarf. Anstatt flexible und erneuerbare Lösungen zu fördern, wird so der Einstieg in eine neue Abhängigkeit von fossilem Gas zementiert.

Wir fordern: Ausbauziele am tatsächlichen Bedarf auszurichten und Vorrang für kostengünstige, saubere Alternativen wie Batteriespeicher und Lastmanagement. So gewährleisten wir Versorgungssicherheit ohne teure fossile Risiken.

Gleichzeitig hat die Bundesregierung durch Änderungen bei den EEG-Ausschreibungen Investitionsanreize für Wind- und Solarprojekte abgeschwächt. Das gefährdet Planungssicherheit und bremst die Energiewende.

Wir fordern: ein Ausschreibungsdesign, das Investitionen stärkt, dezentrale Energieerzeugung erleichtert und den Ausbau beschleunigt – so bleibt Deutschland bei den Zukunftstechnologien wettbewerbsfähig.

Die Abschaffung der Gasspeicherumlage ab 2026 entlastet vor allem fossile Energien, während die zugesagte Senkung der Stromsteuer für Haushalte und Mittelstand bislang fehlt. Das verteuert die Elektrifizierung – das Herzstück der klimaneutralen Industrie.

Wir fordern: eine sofortige Senkung der Stromsteuer, damit E-Autos, Wärmepumpen und moderne Industrieprozesse günstiger werden und unsere Wettbewerbsfähigkeit steigt.

Die Wiedereinführung der Agrardieselsubvention ist ein Rückschritt in der Klimapolitik. Sie begünstigt klimaschädliche Strukturen, verzögert die notwendige Umstellung auf klimafreundliche Antriebstechnologien und bindet öffentliche Mittel, die wir für einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft besser nutzen sollten.

Wir fordern: die konsequente Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und eine Umschichtung der Mittel in Forschung, Investitionshilfen und Beratung für ökologische Landwirtschaft sowie für den Umstieg auf emissionsfreie Landmaschinen.

Das neu geschaffene Sondervermögen Infrastruktur darf nicht zur Haushaltskosmetik missbraucht werden.

Wir fordern: eine klare Zweckbindung – ausschließlich für zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Verkehr, Bau, Digitalisierung, Bildung und

Energiewende. Investitionen sind keine Belastung, sondern die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand.

2. Industrie und Standortpolitik

Deutschland ist Exportnation. Unsere Industrie braucht Planungssicherheit, Innovationsförderung und Fachkräfte, nicht ideologische Debatten.

Die von Unionspolitikern angeheizte Diskussion über eine Rücknahme des europäischen Verbrenner-Ausstiegs ab 2035 verunsichert die Industrie. Autohersteller und Zulieferer investieren längst in Elektromobilität und Batterien. Eine Aufhebung wäre nicht nur klimapolitisch falsch, sondern auch ökonomisch sinnlos, weil die weltweite Nachfrage nach Verbrennern bereits sinkt und der Marktanteil elektrischer Antriebe tendenziell wächst. Politische Rückschritte würden Unternehmen in ihrer strategischen Planung behindern und Arbeitsplätze gefährden.

Wir fordern: ein klares Bekenntnis zu den europäischen Vereinbarungen und gezielte Unterstützung für den Umbau der Automobilbranche. Das sichert hunderttausende Jobs und die technologische Führungsrolle Deutschlands.

Gleichzeitig sind weite Teile unserer Industrie von Rohstoffen abhängig, die im Ausland gefördert und verarbeitet werden. Diese Abhängigkeit birgt erhebliche Risiken auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene. Um die Resilienz unseres Wirtschaftsstandorts zu stärken, ist der Aufbau geschlossener Stoffkreisläufe dringend notwendig. Kreislaufwirtschaft bedeutet mehr als Recycling – sie umfasst die Verlängerung der Produktlebensdauer, die Förderung von Reparatur und Wiederverwendung sowie nachhaltige Produktgestaltung von Anfang an. Wir fordern: gezielte Investitionen in Forschung, Förderprogramme und Praxisinitiativen für Kreislaufwirtschaft, um Rohstoffsouveränität, Klimaschutz und Innovationskraft zu verbinden.

Die dauerhafte Absenkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie ist ein teures Mitnahmeprogramm ohne zielgenaue Wirkung.

Wir fordern: Investitionshilfen für Energieeffizienz, Ausbildung und Modernisierung. So bleibt die Gastronomie krisenfest und attraktiv für Beschäftigte.

Die geplante Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer bevorzugt lange Arbeitswege und begünstigt vor allem obere Einkommen.

Wir fordern: ein sozial-ökologisches Mobilitätsgeld, das gezielt kleine und mittlere Einkommen entlastet und dabei klimafreundliche Verkehrsmittel fördert.

3. Soziale Sicherungssysteme

Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen verlässlich, gerecht und generationenfest sein.

Mit dem Rentenpaket II hat die Bundesregierung das Rentenniveau bis 2031 bei 48 % eingefroren. Kurzfristig schafft das Sicherheit, langfristig aber explodieren die Beitragssätze. Hinzu kommt die neue Mütterrente III, die zusätzliche Milliarden kostet, ohne das System zukunftsfester zu machen.

Wir fordern: eine Rückkehr zu einem ehrlichen Rentenmechanismus mit Nachhaltigkeitsfaktor, der die Realität von Demografie und Arbeitsmarkt

abbildet. Außerdem muss das Renteneintrittsalter künftig an die Lebenserwartung gekoppelt werden und die Frühverrentung nach 45 Beitragsjahren nur für gesundheitsgefährdende Berufe möglich sein. Schließlich braucht es eine Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen – fair, solidarisch und generationengerecht. Damit bleibt die Rente stabil, ohne die Jüngeren zu überlasten.

Die Debatte über angebliche Einsparungen beim Bürgergeld schwächt das Vertrauen in den Sozialstaat und verhindert, dass Menschen in Arbeit kommen. Kürzungen helfen dem Haushalt kaum, würden aber Armut verfestigen und Fachkräftepotenziale verschenken. Dennoch braucht das Bürgergeld Reformen: Unklare Anreizstrukturen, hohe Transferentzugsraten und zu langsame Verfahren erschweren die Integration in Arbeit. Studien zeigen, dass Menschen beim Bürgergeld oft so viel von ihrem zusätzlichen Einkommen abgeben müssen, dass sich Mehrarbeit kaum lohnt. Mit gezielten Änderungen ließen sich die Anreize deutlich verbessern.

Wir fordern:

- mehr Mittel für Weiterbildung, Umschulung und Familienförderung,
- eine deutliche Verbesserung der Betreuungsschlüssel in den Jobcentern,
- ein Bonusmodell für schnelle Arbeitsmarktintegration, das Eigeninitiative belohnt,
- eine effizientere digitale Verwaltung, um bürokratische Hürden abzubauen,
- eine Absenkung der Transferentzugsraten auf ein wissenschaftlich fundiertes Maß von maximal 60%, sodass sich Mehrarbeit spürbar lohnt,
- ergänzende Freibeträge für Kinder, Ausbildung und Pflege, um besondere Lebenslagen zu berücksichtigen.

So wird das Bürgergeld zu einem echten Instrument der Arbeitsmarktintegration – im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

Kranken- und Pflegeversicherung:

Beide Systeme geraten durch den demografischen Wandel zunehmend unter Druck. Steigende Kosten treffen heute vor allem Beitragszahler*innen mit mittlerem und geringem Einkommen. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung zwischen gesetzlicher und privater Versicherung gespalten – das ist weder gerecht noch effizient.

Wir fordern:

- eine solidarische Bürgerversicherung Gesundheit und Pflege, in die alle Einkommensarten – auch Kapitalerträge – einbezogen werden,
- eine stärkere Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen, damit Beiträge stabil bleiben,
- verbindliche Pflege-Bürgerrücklagen, um die Generationenfairness zu sichern,
- Ausbau präventiver und digital gestützter Versorgungsmodelle, um Pflegebedürftigkeit zu verzögern und Kosten langfristig zu senken,
- Effizienzgewinne durch eine perspektivische Zusammenführung der gesetzlichen Krankenkassen: Statt heute rund 90 Krankenkassen mit eigenen Strukturen braucht es perspektivisch weniger leistungsstärkere Einheiten. Konsolidierung kann Verwaltungsaufwand senken und Mittel direkt in die Versorgung lenken.
- Stabile Sozialbeiträge sind zudem ein Standortfaktor: Kalkulierbare Lohnnebenkosten stärken Investitionssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

4. Steuerpolitik

Ein gerechtes Steuersystem ist die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt und solide Staatsfinanzen. Heute gilt jedoch: Arbeit wird stärker besteuert als Kapital und Erbe. Das schwächt Leistungsanreize, verschärft Ungleichheit und mindert die Handlungsspielräume des Staates.

Die Erbschaftsteuer weist erhebliche Schlupflöcher auf. Große Betriebsvermögen können weitgehend steuerfrei übertragen werden, während normale Erb*innen belastet werden. Das vertieft die soziale Ungleichheit und schwächt die Finanzierung des Gemeinwesens.

Wir fordern: eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer, die Ausnahmen reduziert, die Bewertung von Unternehmensvermögen realistisch ausgestaltet und kleine Erbschaften schützt. Eine faire Erbschaftsbesteuerung ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und ermöglicht dringend notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Ausgleich.

Darüber hinaus sollten wir neue Rechtsformen wie die GmbV (Gesellschaft mit gebundenem Vermögen) berücksichtigen: Durch die Charakteristik, dass das Vermögen dauerhaft an das Unternehmen gebunden ist, werden die langfristigen Ziele erreicht, die Familienunternehmen auch heute verfolgen – Stabilität, Verantwortung und Generationengerechtigkeit. Die GmbV kann damit eine faire und chancengleiche Möglichkeit für Nachfolge und Erbschaften bieten, die den Bestand von Unternehmen sichert und zugleich Gemeinwohlorientierung stärkt.

Auch die Einkommensteuer muss gerechter werden. Der Spitzensteuersatz greift heute zu früh und belastet damit auch mittlere Einkommen. Gleichzeitig sind die wirklich hohen Einkommen und Vermögen unterproportional entlastet.

Wir fordern:

- eine Anhebung des Spitzensteuersatzes,
- ein späteres Einsetzen des Spitzensteuersatzes, damit kleine und mittlere Einkommen nicht übermäßig belastet werden,
- zielgerichtete Steuergutschriften für niedrige Einkommen, die Arbeit attraktiver machen und die Kaufkraft stärken.

Darüber hinaus blockieren fossile Subventionen die notwendige Transformation und sind mit Klimaschutz nicht vereinbar. Deutschland ist weiterhin einer der größten Subventionierer fossiler Energien in der EU; das schadet Klimazielen und bindet Milliarden, die für den ökologischen Umbau gebraucht werden. Wir fordern: die konsequente Abschaffung fossiler Subventionen – von Dieselprivileg bis Kerosinsteuerbefreiung – und die Umschichtung der Mittel in Klimaschutz, soziale Entlastung und Investitionen in die Zukunft.

5. Regionale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Der ökologische und ökonomische Umbau gelingt nur, wenn er allen Regionen zugutekommt. Gerade in strukturschwachen Gebieten, insbesondere in Ostdeutschland, sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Arbeitsplätze entscheidend für Zukunftsperspektiven.

Wir fordern:

- ein gezieltes Transformationsprogramm für strukturschwache Regionen, das Investitionen in erneuerbare Energien, moderne Industrie und Forschung bündelt,
- den Ausbau von Schienen, Breitband und Gesundheitsinfrastruktur, um ländliche Räume attraktiv zu machen,
- Anreize für Unternehmen, sich in Regionen mit hoher Abwanderung oder Arbeitslosigkeit anzusiedeln,
- stärkere Förderung von Bildung und beruflicher Qualifizierung in ostdeutschen Ländern, um die Abwanderung junger Menschen zu stoppen und Fachkräfte vor Ort zu halten.

So wird die Transformation zu einer Chance für den Osten und alle ländlichen Räume – und nicht zu einer weiteren Quelle von Spaltung.

6. Staat und Digitalisierung

Eine moderne, handlungsfähige Demokratie braucht einen digitalen Staat. Doch kleinteilige Zuständigkeiten, zersplitterte Verwaltungsstrukturen und föderaler Flickenteppich blockieren heute die notwendige Transformation. Viele Prozesse werden lokal gedacht und organisiert, obwohl sie bundesweit einheitlich gestaltet werden müssten – etwa die Beantragung von Pass- und Ausweisdokumenten.

Wir fordern:

- grundlegende Struktur- und Föderalismusreformen, um Doppelstrukturen zu reduzieren und digitale Prozesse bundesweit zu harmonisieren. Once-Only muss verbindlicher Standard werden, sodass Bürger*innen und Unternehmen Daten nur einmal einreichen müssen. Dazu braucht es einheitliche Schnittstellen und Standards zwischen Verwaltung und Softwaresystemen, die Melde- und Reportingpflichten minimieren und Interoperabilität sicherstellen.

- Die Deutschland-App kann zum zentralen Zugangspunkt für Bürger*innen werden – für Ausweis, Behördengänge und Nachweise. Doch sie darf nicht als isoliertes Projekt verstanden werden, sondern muss in ein Ökosystem eingebettet sein, das offene Schnittstellen nutzt und allen Regionen zugutekommt. Auch Unternehmen profitieren: von standardisierten Meldewegen, automatisierten Genehmigungsverfahren und reduzierter Bürokratie.

So entsteht ein digital souveräner Staat, der Innovation ermöglicht, Verwaltung beschleunigt, Vertrauen stärkt und Wirtschaft wie Gesellschaft gleichermaßen entlastet.

Schlussbemerkung

Deutschland steht an einem Wendepunkt. Wir brauchen Investitionen statt Symbolpolitik, Verlässlichkeit statt Rollback, Ehrlichkeit statt kurzfristiger Wahlgeschenke. Stabile Sozialbeiträge, ein gerechtes Steuer- und Transfer-System sowie eine konsequente Abkehr von klimaschädlichen Subventionen sind die Grundpfeiler, die Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenhalt und Klimaschutz verbinden.

Wir Bündnisgrüne wollen eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt, Klimaschutz voranbringt, regionale Gerechtigkeit herstellt und soziale Sicherheit generationengerecht organisiert. Nur so bleibt Deutschland stark – ökologisch, ökonomisch und sozial.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Hocke-Beck (KV Göppingen); Kai Kristof Keune (KV Ettlingen); Kai-Uwe Berroth (KV Alb-Donau); Moritz Franz-Gerstein (KV Göppingen); Yann Aretin Eggert (KV Pinneberg); Dominik Schrade-Köhn (KV Alb-Donau); Christel Kunert (KV Alb-Donau); Marcel Veerman (KV Alb-Donau); Angela Scheffold (KV Alb-Donau); Eckhart Klein (KV Göppingen); Peter Schober (KV Leipzig); Ferdinand Müller (KV Leipzig); Lukas Mosler (KV Bautzen); Daniel Pawliczek (KV Leipzig); Jana Thomas (KV Leipzig); Jonas Malmström (KV Leipzig); Ralf Schmid (KV Alb-Donau); Steffi Schönherr (KV Chemnitz); Oliver Gassner (KV Konstanz); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.